



SEITE 2
Gastbeitrag von Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB

SEITE 3
Managergehälter begrenzen



SEITE 4/5
Im Interview: Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

SEITE 6
Hetze in sozialen Netzwerken stoppen



SEITE 7
Lohngerechtigkeit: Frauen verdienen 100 Prozent!

SEITE 8
SPD-Fraktion verleiht Otto-Wels-Preis

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 1/2017

Für gerechte und sichere Renten

Die Koalition sorgt für weitere Verbesserungen bei der Altersvorsorge.

Die gesetzliche Rente sichert unser Auskommen im Alter. Ergänzt wird sie durch betriebliche und private Altersvorsorge. Um die Absicherung im Alter weiter zu verbessern, bringt die Koalition jetzt verschiedene Maßnahmen auf den Weg. Sie sollen die gesetzliche Rente gerechter machen und die betriebliche Altersvorsorge stärken.

Die gesetzliche Rente bleibe das Fundament der Altersvorsorge, sagt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Aber die Betriebsrente sei „die wichtigste und kostengünstigste“ Variante, um zusätzlich vorzusorgen. Das Prinzip ist einfach: Beschäftigte können Teile ihres Gehalts in Beiträge zu einer betrieblichen Altersversorgung umwandeln. Einige Arbeitgeber bezuschussen diese Beiträge. Die Beschäftigten sparen sich so über die Jahre eine Zusatzrente an. Das Problem: In kleinen und mittleren Unternehmen und bei Beschäftigten mit niedrigem Verdienst sind Betriebsrenten bisher wenig verbreitet.

Betriebsrente plus

Die SPD-Fraktion will das ändern. „Wir wollen, dass mehr Menschen eine Betriebsrente bekommen und das schaffen wir mit der Betriebsrente plus“, betont Katja Mast, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Die Betriebsrente plus umfasst die Instrumente im Betriebsrentenstärkungsgesetz, das der Bundestag im März in 1. Lesung beraten hat.

Damit sich zusätzliche Vorsorge für Geringverdiener künftig lohnt, sollen Freibeträge in der Grundsicherung im Alter eingeführt werden. Eine neue Förderung soll Arbeitgeber motivieren,



Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter auch eine ausreichende Rente erhalten.

ihren Beschäftigten mit niedrigen Löhnen eine Betriebsrente zu gewähren. Zudem fordert die SPD-Fraktion, dass Arbeitgeber bei Entgeltumwandlung ihre Ersparnisse bei den Sozialversicherungsbeiträgen künftig in die Altersvorsorge der Beschäftigten einzahlen.

Als Reaktion auf die Niedrigzinsphase will die Koalition den Sozialpartnern ermöglichen, durch Tarifverträge künftig Betriebsrentensysteme mit Aussicht auf deutlich höhere Renten zu vereinbaren: In diesem neuen Sozialpartnermodell legt der Arbeitgeber nur seinen Beitrag verbindlich fest, ohne Leistungen zu garantieren – Sicherheit gewährleisten die Sozialpartner und die Finanzaufsicht.

Auch bei der gesetzlichen Rente plant die Koalition weitere Verbesserungen: Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, erhält künftig eine höhere Erwerbsmin-

derungsrente. Schon 2014 hatte die SPD-Fraktion eine Erhöhung der Zurechnungszeit von 60 auf 62 Jahre durchgesetzt. Künftig wird sie für Neurentnerinnen und -rentner weiter auf 65 Jahre erhöht. Betroffene sind damit bei der Rente so gestellt, als hätten sie bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet.

Gleiche Renten in Ost und West

Ein drittes Gesetz soll die Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland

schrittweise – bis zum Jahr 2025 – angleichen. Damit schließt die Koalition knapp 30 Jahre nach dem Mauerfall eine Gerechtigkeitslücke.

Die Vorhaben sorgen für mehr Gerechtigkeit bei den Renten und machen es einfacher, fürs Alter vorzusorgen. Daneben kämpft die SPD-Fraktion weiterhin für die Einführung einer Solidarrente, die langjährig Versicherten ein Einkommen oberhalb der Grundsicherung garantiert. ■

Rente: die Vorhaben im Überblick

- **Erwerbsminderungsrente:** Für Neurentner soll die Zurechnungszeit von derzeit 62 Jahren auf 65 Jahre erhöht werden. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, bekommt damit mehr Rente.
- **Einheitliches Rentenrecht in Ost und West:** Bis 2025 werden die Rentensysteme in Ost- und Westdeutschland schrittweise angeglichen.
- **Betriebliche Altersvorsorge:** Betriebsrenten sollen für kleine und mittlere Unternehmen und Geringverdienende attraktiver werden.

Meldungen

100.000 neue Kita-Plätze

Viele Väter und Mütter kennen das: Die Suche nach einem guten Kitaplatz kann nervenaufreibend sein. Und der Bedarf an Kita-plätzen steigt. Damit die Länder und Kommunen dem gerecht werden können, unterstützt der Bund sie dabei finanziell. Weil wieder mehr Kinder in Deutschland geboren werden und Kinder aus Flüchtlingsfamilien in unser Land gekommen sind, werden mehr Plätze benötigt. Hinzu kommt, dass Eltern seit 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter haben, wenn ihr Kind älter als zwölf Monate ist. Deshalb wollen Bund und Länder mehr Kinderbetreuungsplätze schaffen. Dazu hat der Bundestag Ende März in erster Lesung den Entwurf eines Gesetzes zum weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung debatiert.

Mit dem Gesetz wird das Vierte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ für die Jahre 2017 bis 2020 gestartet. Ziel ist, 100.000 zusätzliche Kita-Plätze bereitzustellen, und zwar nicht nur für unter Dreijährige, sondern auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schulbeginn. Für dieses Ausbauprogramm soll das im Jahr 2007 vom Bund eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Milliarden Euro aufgestockt werden. ■

Wir sind viele, wir sind eins

Soziale Gerechtigkeit als Antwort auf Rechtspopulisten und Angstmacherei – ein Gastbeitrag von Reiner Hoffmann.

Alle Erfolge, die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, haben hierin ihre Wurzeln: Wir sind viele, wir sind eins!

Ob Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ob 35-Stunden-Woche – die Gewerkschaften hätten ihre Forderungen damals wie heute nie politisch durchgesetzt, wenn nicht Hunderttausende, ja Millionen bei jeder Forderung, am 1. Mai, bei den Streiks, hinter ihnen gestanden hätten und sich im jeweiligen Ziel einig gewesen wären.

Aber nicht nur deswegen stellen wir dieses Prinzip dem diesjährigen 1. Mai voran. Wir beobachten, dass der soziale Zusammenhalt in Deutschland und in Europa gefährdet ist. Rechtspopulisten versuchen, die Ängste vieler Menschen vor Herausforderungen wie der Globalisierung oder der Digitalisierung mit allzu einfachen Lösungen einzufangen, mit Mauern, Grenzen, und Verboten. Das hat keine Zukunft.

Und wir, Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, die wir Beschäftigte, Erwerbslose oder Rentnerinnen und Rentner sind, haben eine bessere Lösung: Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, und eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. In Deutschland und in Europa. Globalisierung oder Digitalisierung kann man nicht aufhalten, aber wir können sie gestalten – so wie für die Industrialisierung Regeln und Gesetze durchgesetzt wurden, die zwar nicht perfekt sind und immer wieder diskutiert und in Frage gestellt werden, aber dennoch politisch und



Reiner Hoffmann ist seit Mai 2014 Vorsitzender des DGB.

gesellschaftlich anerkannt sind. Das geht auch für neue Herausforderungen.

Es geht nicht gerecht zu

Das Motto ist uns auch deshalb wichtig, weil 2017 als Wahljahr von besonderer Bedeutung ist: Millionen Wählerinnen und Wähler können über die zukünftige Entwicklung entscheiden. Denn ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen – es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Wir haben aber ein Recht auf anständige Löhne, auf dauerhafte Arbeitsverträge, auf Absicherung in der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die

Digitalisierung. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, dass ein gerechtes Steuerkonzept, das Reiche mehr belastet als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einen handlungsfähigen Staat finanziert: Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbaren Wohnraum baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Rentnerinnen und Rentner, heute und in Zukunft, haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie haben das Recht auf gute Bildung. Und es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitgeber bei den Beiträgen für die Sozialversicherung ihren Anteil zahlen – und das ist mindestens die Hälfte! ■

Je zur Hälfte bei Mama und Papa wohnen



Ein Zimmer bei Mama und eines bei Papa: Für immer mehr Trennungskinder ist das gelebte Realität.

Sie verbringen die Hälfte der Zeit bei ihrer Mutter, die andere Hälfte bei

ihrem Vater, haben also zwei Lebensmittelpunkte. Dieses „Doppelresidenzmodell“, auch „paritätisches Wechselmodell“ genannt, ist in Deutschland allerdings bislang gesetzlich nicht verankert – anders als etwa in Frankreich, Italien, Spanien oder den USA.

Zwar hat der Europarat schon 2015 eine Resolution zur „Gleichheit und gemeinsamen elterlichen Verantwortung“ beschlossen. Deutschland hat sie bisher nicht umgesetzt und die bisherige Rechtsprechung war uneinheitlich. Nun hatte ein Vater geklagt, der seinen 13-jährigen Sohn nicht nur jedes zweite Wochenende betreuen wollte. Er hat im Februar 2017 vor dem Bundesge-

richtshof (BGH) Recht bekommen. Das Urteil stellt klar, dass das paritätische Wechselmodell auch gegen den Willen eines Elternteils angeordnet werden könne, wenn das zum Wohl des Kindes beitrage.

Keine finanziellen Nachteile

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im März ein Positionspapier zum Wechselmodell beschlossen. Sie fordert darin, eine Rechtsgrundlage im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu schaffen, damit das Wechselmodell vereinbart oder auch angeordnet werden kann. Das Kindeswohl steht dabei allerdings an erster Stelle. Eine Pflicht zur Anord-

nung eines Modells lehnen die sozialdemokratischen Abgeordneten deshalb ab. Sie wollen eine Einzelfallprüfung, nach der im Sinne des Kindes entschieden wird.

Wenn sich beide Eltern an der Erziehung des Kindes beteiligen, soll keinem der Elternteile daraus ein finanzieller Nachteil entstehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb auch einen Umgangsmehrbedarf für Eltern, die SGB II beziehen. Denn wenn Kinder an zwei Orten leben, brauchen sie an jedem ein Bett, einen Bademantel und Geld, um von Mama zu Papa und wieder zurück zu fahren. ■

SPD-Fraktion will Exzesse bei Managergehältern beenden

Mit einem Gesetzentwurf will die SPD-Fraktion wieder für Maß und Mitte bei der Vergütung von Managern und Vorständen sorgen.

Früher verdiente ein Vorstand eines Unternehmens im Schnitt zehnmal so viel wie ein Arbeitnehmer. Inzwischen gibt es Fälle, in denen der Vorstand das Hundertfache eines normalen Angestellten bekommt. Maß und Mitte sind in manchen Vorstandsetagen schon vor Jahren verloren gegangen – trotz aller Appelle und Selbstverpflichtungen der Unternehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb jetzt einen umfassenden Gesetzentwurf zur Begrenzung von Managergehältern und Boni vorgelegt.

Darin schlagen die Sozialdemokraten unter anderem vor, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsbezügen in Aktiengesellschaften auf 500.000 Euro pro Jahr zu begrenzen. Außerdem soll die Hauptversammlung festlegen, wie hoch der Unterschied zwischen Vorstandsvergütung und dem Durchschnittsgehalt im Unternehmen sein darf. Und bei schlechten Leistungen der Vorstände soll der Auf-



Die Gehälter von Vorständen gingen in den letzten Jahren rapide nach oben.

sichtsrat die Bezüge herabsetzen oder Ruhegehälter zurückfordern können.

Menschen haben „Störgefühl“

„Wir wollen keine Neiddebatte gegen Manager schüren. Außergewöhnliche Leistung muss auch außergewöhnlich honoriert werden“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Aber dass Boni oder höchste Altersbezüge auch dann noch gezahlt würden, wenn das Unternehmen aufgrund von Fehlentscheidungen in schlechter Verfassung ist, sei nicht nachvollziehbar. Viele Menschen hätten „ein Störgefühl“, wenn sie erlebten, dass Manager trotz schlechter Leistungen umfassend abgesichert seien, während normale Arbeitnehmer schon bei kleinsten Verfehlungen das Risiko eingingen, fristlos gekündigt zu werden.

Auch die Gewerkschaften sehen Handlungsbedarf: „Den Bezügen in Millionenhöhe stehen rund 22 Prozent

aller Beschäftigten in Deutschland gegenüber, die im Niedriglohnsektor arbeiten“, schreibt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in einem Beitrag für das Manager Magazin. „Diese Diskrepanz ist nicht hinnehmbar.“ Hoffmann verweist auch auf die gesellschaftliche Bedeutung. Die exzessiven Gehälter seien nicht nur ein betriebswirtschaftliches Element. „Sie beeinflussen gesellschaftliche Prozesse, sie stehen für etwas – und derzeit stehen sie für Maßlosigkeit.“

Mit dem Gesetzentwurf liegen jetzt die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion auf dem Tisch. Die Sozialdemokraten machen damit weiter politischen Druck. Der Koalitionspartner verweigert bislang die Zustimmung.

Für Thomas Oppermann ist klar: „Eine Gesellschaft, in der die Mehrheit der Menschen das Gefühl hat, es geht gerecht zu, ist produktiver als eine Gesellschaft, die die Mehrheit als ungerecht empfindet.“ ■

Editorial



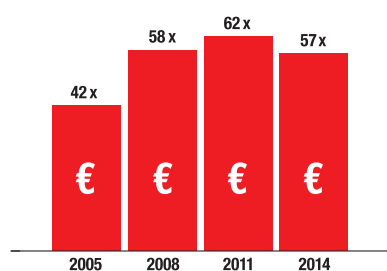
Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser, es ist unfassbar, dass im 21. Jahrhundert die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen immer noch bei 21 Prozent liegt. Und das, obwohl der Grundsatz der Entgeltgleichheit seit 1957 rechtlich verankert ist! Gegen ungerechte Bezahlung hilft nur Transparenz. Wir haben jetzt endlich das Entgelttransparenzgesetz verabschiedet. Vom individuellen Auskunftsanspruch profitieren bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie haben nun das Recht, zu erfahren, wie sie im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen anderen Geschlechts bezahlt werden, wenn diese einer gleichen oder gleichwertigen Tätigkeit nachgehen.

Mit unseren Initiativen für die Beschäftigten können wir eine gute Bilanz nachweisen. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unionsfraktion wichtige Verbesserungen für ein gerechteres Arbeitsleben verhindert hat. Vorstände großer Unternehmen kassieren oft exorbitante Boni und bekommen das Hundertfache eines Facharbeiters. Was uns dabei besonders ärgert: Die Steuerzahler bezahlen das auch noch mit. Deswegen wollten wir die steuerliche Absetzbarkeit dieser Gehälter für Unternehmen auf 500.000 Euro begrenzen. Leider war die CDU/CSU-Fraktion dazu nicht bereit. Durch die Blockade beim Rückkehrrecht in Vollzeit bleiben Hunderttausende Frauen, die länger arbeiten wollen, in der Teilzeitfalle hängen und haben finanzielle Nachteile. Mit der Solidarrente wollten wir Geringverdienern einen Zuschuss zur Rente geben. Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss am Ende mehr als die Grundsicherung haben. Es ist traurig, dass der Koalitionspartner hier nicht über den ideologischen Tellerrand hinausblickt. Aber wir schauen nach vorn und arbeiten weiter hart dafür, unsere Herzensanliegen umzusetzen. ■

Deutliche Unterschiede

Soviel verdienen die Vorstände der DAX-30-Unternehmen im Durchschnitt mehr als die Beschäftigten.



QUELLE: HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2016

Managergehälter: Die Vorschläge der SPD-Fraktion im Überblick

- Die steuerliche Absetzbarkeit der Gesamtbezüge eines einzelnen Vorstandsmitglieds ohne Ruhebezüge soll auf 500.000 Euro begrenzt werden.
- Die Ruhebezüge jedes ehemaligen Vorstandsmitglieds einer Aktiengesellschaft oder dessen Hinterbliebenen sind nicht mehr steuerlich absetzbar, soweit sie die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung übersteigen.
- Die SPD-Fraktion will verbindliche Kriterien, unter denen Vorstandsbezüge durch den Aufsichtsrat herabgesetzt oder zurückgefordert werden können.
- Im Falle einer Schlechtleistung oder eines regelwidrigen Verhaltens soll ein gesetzlicher Anspruch auf Herabsetzung der Vergütung und/oder der Ruhebezüge für den Aufsichtsrat eingeführt werden.
- Die Hauptversammlung soll künftig über den Vorschlag des Aufsichtsrates entscheiden, wie hoch das Verhältnis zwischen der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder und dem durchschnittlichen Arbeitnehmer-einkommen sein darf – ebenso über den Vorschlag des Aufsichtsrates über die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder.



Das duale Ausbildungssystem sorgt in Deutschland für eine einmalig niedrige Jugendarbeitslosigkeit, sagt Ernst Dieter Rossmann. Handlungsbedarf sieht er bei der beruflichen Bildung aber in Sachen Gebührenfreiheit.

»Wir wollen gute Bildung für alle – und für alle kostenfrei«

Nichts sei teurer als keine Bildung, sagt Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Im Interview zieht er eine Bilanz der Bildungspolitik in der Koalition.

Es gibt kaum einen Politiker, der nicht sagt, dass er mehr in Bildung investieren will. Was unterscheidet die SPD-Fraktion von anderen?

Die SPD-Fraktion will gute Bildung für alle. Und für alle kostenfrei. Von der Kindertagesstätte als kostenlose Bildungseinrichtung über die Schule, in der es keine sozialen Schranken geben darf, bis hin zur beruflichen Bildung, die wir ausbauen wollen im Sinne der Gleichwertigkeit und die wir für mehr Menschen öffnen wollen. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es – das gilt auch für die Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion.

Eines der Hauptprobleme in der Bildungspolitik ist die Undurchlässigkeit unseres Bildungssystems. Warum ist das so und wo setzt man an, um das zu ändern?

Es sind vor allem soziale Schranken, die verhindern, dass alle Menschen eine gute Bildungsentwicklung haben:

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es – das gilt auch für die Bildungspolitik“

also bildungsferne Elternhäuser, Arbeitslosigkeit und Armut. Deshalb ist das Wichtigste in der Bildungspolitik: Alle Kinder müssen unabhängig vom Einkommen und der Herkunft der Eltern Zugang zu sehr guten Bildungseinrichtungen bekommen – und zwar von Anfang an. Darum setzen wir bei guten und möglichst gebührenfreien Kitas an und wollen das in guten Ganztagschulen weiterführen.

Besonders schlechte Bildungschancen haben nach wie vor Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Im letzten Jahr sind

zudem zahlreiche Kinder und Jugendliche als Asylsuchende nach Deutschland gekommen. Wie bereitet man das Schulsystem auf diese Integrationsaufgaben vor?

Vor allem indem die Länder und Kommunen ausreichend Sprachkurse für die Kinder und Jugendlichen anbieten und gleichzeitig Brücken zum Einstieg in die Schullaufbahn bauen. Dazu kommen Elternberatung, Schulsozialarbeit und später in der Berufsausbildung vielfältige besondere Ausbildungshilfen. Grundsätzlich gilt: Wo es Schwierigkeiten gibt, dürfen wir keinen Unterschied machen zwischen schon hier lebenden und den zugewanderten Kindern und Jugendlichen. Alle müssen gleichermaßen gefördert werden.

Mit dem Koalitionspartner CDU/CSU gab und gibt es in bildungspolitischen Vorstellungen fundamentale Unterschiede. Wie

beurteilen Sie die bisherige Bilanz der Großen Koalition?

Die CDU/CSU-Fraktion läuft uns bildungspolitisch in vielem hinterher. Sie war lange sehr zurückhaltend und ablehnend gegenüber frühkindlicher Bildung und dem Ausbau der Kindertagesstätten. Wir haben hier die Förderung durchgesetzt. Sie tut sich sehr schwer mit dem Ausbau der Ganztagschulen. Und sie hat immer noch Vorbehalte bei der Inklusion – also der gemeinsamen Lern- und Lebensgemeinschaft von Kindern mit und ohne Behinderung. Zudem musste unser Koalitionspartner erst lernen, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung nicht bedeutet, den einen Weg gegen den anderen auszuspielen. Wir brauchen hier vielmehr Durchlässigkeit.

In der Praxis hat sich aber gezeigt, dass wir die Unionsfraktion an einigen wichtigen Stellen überzeugen konnten. Wir haben großen Wert gelegt auf die Verbesserung der beruflichen Bildung und zum Beispiel die assistierte Ausbildung ausweiten und die Prämie für nachgeholte Berufsabschlüsse einführen können. Das Aufstiegs-BaFöG für Meister, Techniker und Fachwirte wurde richtig gut reformiert. Und einen großen Durchbruch haben wir erzielt für die Hochschulen, wo der Bund die Hochschulen jetzt dauerhaft finanziell unterstützen kann. Das tun wir kräftig. Und wir dämmen für die Nachwuchskräfte an den Hochschulen das Befristungsunwesen ein. Kurzzeitverträge von wenigen Monaten sind Gift für Leistung, Qualifizierung und Familiengründung.

Auch im Schulbereich verhindert das Kooperationsverbot, dass sich der Bund beteiligt...

Ja, hier sind wir lange ausgebremst worden, weil der Koalitionspartner weiter an dem unsinnigen Kooperationsverbot, also der Förderung der Schulen durch den Bund, festhalten will. Allerdings sind wir jetzt dabei, ein Schulsanierungsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro durchzusetzen, um Schulen in finanzschwachen Kommunen zu sanieren. Das ist ein wichtiger Schritt in Sachen Bildungsgerechtigkeit, denn in finanzschwachen Kommunen gibt es nun einmal mehr Arbeitslosigkeit und Armut als in reichen Kommunen. Wir helfen also an

„Alle Kinder müssen Zugang zu sehr guten Bildungseinrichtungen bekommen“

„Öffentliche Schulen müssen kostenfrei bleiben – bei richtig guter Qualität“

der richtigen Stelle, denn gute Schulen strahlen aus auf das Lernklima und erhöhen die Bildungschancen der Kinder.

Reichen denn 3,5 Milliarden Euro aus, um den Investitionsstau bei den Schulen abzubauen?

Mal ehrlich: Es ist auf jeden Fall wirklich keine kleine Summe. Insgesamt werden die Investitionen dazu führen, dass nicht nur die größten Mängel an den Schulen beseitigt werden, sondern die Schulen gleichzeitig gut modernisiert werden. Und vor allem bringen wir mit den Investitionen das Wichtigste voran: die räumlichen Voraussetzungen für einen guten Ganztagsunterricht.

Die SPD-Fraktion will gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni. Was genau ist damit gemeint?

Es gibt Bundesländer, die sind bei den Kita-Gebühren sehr weit – zum Beispiel Rheinland-Pfalz oder Hamburg. Wir finden aber: Alle Länder müssen dieses Ziel erreichen können.

Die öffentlichen Schulen müssen natürlich kostenfrei bleiben. Und sie müssen richtig gute Qualität bieten. Das geht an den Kern unseres Bildungsverständnisses. Aber zum Thema gebührenfreie Bildung gehört auch die berufliche Bildung. Und hier sehen wir noch Handlungsbedarf. Zum Beispiel muss in bestimmten Gesundheitsberufen die Ausbildung in Teilen noch voll selbst bezahlt werden. Das ist ein Unding und gehört schrittweise abgeschafft. Außerdem wollen wir die Gleichbehandlung, was die höheren Stufen der akademischen und beruflichen Bildung angeht. Deshalb ist es unser Ziel, dass Ausbildungen zum Meister, Techniker oder Fachwirt weitgehend kostenfrei werden. Meisterkursgebühren werden mittlerweile zu 40 Prozent vom Staat bezuschusst. Diesen großen Schritt nach vorne hat die SPD-Fraktion jetzt durchgesetzt, aber wir wollen mehr.

Wie sieht es insgesamt mit der beruflichen Bildung aus?

Unser duales Ausbildungssystem ist enorm wichtig. Es sichert in Deutschland eine einmalig niedrige Jugendarbeitslosigkeit und wir haben einen sehr guten beruflichen Bildungsstand. Deutschland ist zu recht berühmt für seine vielen guten Fachkräfte. Darüber hinaus bietet das duale System wahnsinnig vielfältige Aufstiegsperspektiven. Gleichzeitig gibt es aber immer noch eine zu große Gruppe



Dank SPD-Fraktion darf der Bund die Hochschulen jetzt dauerhaft finanzieren.

von über 230.000 jungen Menschen, die Jahr für Jahr nicht den direkten Einstieg in eine Berufsausbildung finden. Sie bleiben über längere Zeit ohne Ausbildung, und das ist ein großes Handicap für den weiteren Bildungsweg. An dieser Stelle müssen wir mit gezielten Maßnahmen noch mehr tun.

Wie können die aussehen?

Es gibt gute Instrumente der Berufsorientierung und ausbildungsbegleitende Hilfen, so etwas wie Nachhilfeunterstützung für junge Menschen in Betrieben. Oder die assistierte Ausbildung, in der Begleiter die Betriebe und die Auszubildenden so unterstützen,

„Das duale Ausbildungssystem bietet viele Aufstiegsperspektiven“

dass diese die Ausbildung auch abschließen. Daneben müssen wir den zugewanderten jungen Menschen ein Ausbildungsangebot machen. Das wird zusätzliches Geld kosten. Aber es liegt auch in unserem Interesse, dass diese jungen Menschen einen Einstieg in die Berufsausbildung finden. Das ist eine große Chance für die jungen Menschen ebenso wie für unseren Fachkräftebedarf.

Wo sehen Sie die wichtigsten bildungspolitischen Herausforderungen?

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Bund und Länder zur Unterstützung der Schulen zusammenfinden können. Das Kooperationsverbot gehört komplett und vollständig abgeschafft. Einen Fokus müssen wir auf den Ausbau der Schulsozialarbeit legen. Zusätzliche begleitende Fachkräfte an Schulen unterstützen die Schüler, entlasten die Lehrer und geben den Eltern einen Rückhalt. Außerdem möchten wir einen Rechtsanspruch auf den Ganztagsschulbesuch im Grundschulbereich. Wir wollen die Berufsausbildung über eine Ausbildungsgarantie ausbauen und die Hochschulen besser ausstatten. Für Weiterbildung muss es klare Rechte und mehr Förderung geben. Das ist eine ganze Menge Holz, die wir uns da vornehmen und das kostet auch viel Geld. Aber nie vergessen: Nichts wird teurer als keine Bildung. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

„Wir werden die Schulen gut modernisieren und schaffen die Voraussetzungen für einen guten Ganztagsunterricht“



Ernst Dieter Rossmann: „Das Kooperationsverbot gehört komplett abgeschafft.“

Zur Person

„Gute Bildung ist Menschenrecht!“, sagt Ernst Dieter Rossmann. Als sein „politisches Lebensthema“ bezeichnet er es deshalb, sie für alle Menschen zu ermöglichen.

Daran arbeitet der Diplom-Psychologe und promovierte Sportwissenschaftler seit den 1980er-Jahren – zuerst im Landtag von Schleswig-Holstein und seit 1998 im Bundestag.

Als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setzt er sich seit Jahren und mit Erfolg für mehr frühkindliche Bildung, mehr Ganztagschulen und für den Erhalt und den Ausbau des BAföG ein. ■

Meldungen

SPD-Fraktion will Ehe für alle

In 14 europäischen Ländern gilt mittlerweile die Ehe für alle.

Homosexuelle können heiraten und haben die gleichen Rechte wie heterosexuelle Ehepaare. Deutschland allerdings hinkt dieser Entwicklung weiterhin hinterher. Dabei sprechen sich in Umfragen 83 Prozent der Bevölkerung für eine rechtliche Gleichstellung aus. Die Öffnung der Ehe würde auch zum vollen Adoptionsrecht für verheiratete Homosexuelle führen. Für Paare in einer Lebenspartnerschaft besteht dieses nicht.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Homosexuelle genauso die Ehe eingehen können wie Heterosexuelle. Und die SPD-Fraktion hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Auch im Koalitionsvertrag von Union und Sozialdemokraten steht dazu: „Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen.“ Offensichtlich interpretiert die CDU/CSU-Fraktion diesen Satz anders. Sie verhindert die Ehe für alle weiterhin.

Für Johannes Kahrs, Beauftragter für die Belange von Lesben und Schwulen der SPD-Fraktion aber ist klar: „Wenn es keine Gleichstellung gibt, dann ist das Diskriminierung.“ ■

Fake News und Hetze in sozialen Netzwerken stoppen

Beleidigung oder Volksverhetzung sind auch im Internet Straftaten. Künftig sollen sie wirksamer bekämpft werden.

Wer öffentlich zu Gewalttaten aufruft, macht sich strafbar. Genau wie jemand, der andere verleumdet oder beleidigt. Was im realen Leben verboten ist, ist auch im Internet eine Straftat. Die Koalition will künftig wirksamer dagegen vorgehen. Deshalb hat Bundesjustizminister Heiko Maas einen Gesetzentwurf vorgelegt, der es ermöglichen soll, Straftaten wie Hasskriminalität, Beleidigung oder strafbare Falschnachrichten auf den Plattformen sozialer Netzwerke wirksam zu bekämpfen. Maas greift in seinem Vorschlag auch viele Forderungen aus einem Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion auf, das diese Anfang des Jahres beschlossen hat.

„Das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagt dazu SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Unternehmen, die mit ihren Plattformen satte Gewinne erwirtschaften, dürfen sich nicht länger ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.“ Dabei geht es nicht darum, die Meinungsfreiheit einzuschränken, sondern darum, gelten des Recht durchzusetzen.

Der Gesetzentwurf sieht vier zentrale Punkte vor: Ein wirksames Beschwerdeverfahren, das Nutzern einfach zugänglich ist und strafbare Inhalte innerhalb von maximal sieben



Die SPD-Fraktion will im Internet besser gegen Hetze und Verleumdungen vorgehen.

Tagen löscht oder sperrt, offensichtlich strafbare Inhalte sogar innerhalb von 24 Stunden.

Zweitens sollen die Betreiber sozialer Netzwerke künftig vierteljährlich über ihren Umgang mit Beschwerden berichten und die Berichte öffentlich zugänglich machen.

Drittens sollen Betreiber, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, künftig mit erheblichen Geldbußen rechnen. Schließlich sollen Unternehmen künftig unabhängig vom Firmensitz für Verfahren einen verantwortli-

chen Ansprechpartner in Deutschland benennen.

„Heiko Maas tritt der Verbreitung von Hassbotschaften und strafbaren Falschnachrichten in sozialen Netzwerken mit klaren Regeln entgegen und nimmt Unternehmen wie Facebook stärker in die Pflicht“, sagt Thomas Oppermann. Der SPD-Fraktionschef geht davon aus, dass die Koalitionspartner sich schnell auf den Gesetzentwurf einigen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Konferenz von SPD-Fraktion und AWO: Arm trotz Reichtum?

Die AWO-Parlamentariergruppe trifft sich in der Themenreihe „Wert sozialer Arbeit“ regelmäßig zum Austausch mit dem AWO-Bundesverband.

In der Themenreihe diskutieren SPD-Fraktion und AWO gemeinsam mit Fachexperten vor allem, wie soziale Arbeit und Berufsbilder zukünftig gestaltet sein müssen und welchen Herausforderungen wir hier begegnen müssen.

Anfang März hatten die SPD-Parlamentarier gemeinsam mit der AWO zur Veranstaltung „Arm trotz Reichtum“ geladen. In einem intensiven sozial- und gesellschaftspolitischen Dialog mit Fachleuten und insgesamt gut 100 Teilnehmenden ging es um die bisher bekannt gewordenen Fakten des 5. Armuts- und Reichtumsberichts.



Mitglieder der AWO-Parlamentariergruppe mit AWO-Präsident Wilhelm Schmidt (links).

Der Armuts- und Reichtumsbericht sei ein „soziales Fieberthermometer, dass auch dazu dienen soll, eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann

in seiner Begrüßung. AWO-Präsident Wilhelm Schmidt erklärt seine Erwartungshaltung ganz klar mit den Worten: „Es geht darum, soziale Gerechtigkeit herzustellen.“

Auch Michael Groß, Vorsitzender der AWO-Parlamentariergruppe der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass sich Armut nicht verfestigen oder vererbbar werden dürfe. Er warnte davor, dass die Ungleichgewichte zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen Ängste schüren und unsere Wertegemeinschaft destabilisieren könnten. „Herkunft und Bildungsgrad oder Wohnquartier dürfen unsere Lebenswege nicht negativ vorzeichnen“, sagte Michael Groß. Er stellte klar: „Wir als SPD-Bundestagsfraktion stehen für mehr Gerechtigkeit und übernehmen soziale Verantwortung gemeinsam mit unseren Partnern wie der AWO.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Frauen verdienen 100 Prozent!

Der Bundestag hat ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit beschlossen – ein wichtiger Schritt in Sachen Gleichstellung.

Viele Frauen ahnen, dass sie schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen im Betrieb, auch wenn sie die gleiche Arbeit machen. Erst vor gut zwei Wochen erinnerte die Equal-Pay-Day-Kampagne zum zehnten Mal daran, dass Frauen im übertragenen Sinne bis Mitte März umsonst arbeiten. Denn noch immer klafft eine Lohnlücke von bis zu 21 Prozent zwischen Frauen und Männern.

Jetzt hat der Bundestag das Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen – das so genannte Lohngerechtigkeitsgesetz – beschlossen. Damit wird ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, für das die SPD-Fraktion und die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD) an der Seite von Gewerkschaften und Frauenverbänden hart gekämpft haben.

Das Gesetz schreibt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ fest. Mehr Transparenz bei den Löhnen soll aufzeigen, wo Frauen benachteiligt werden. Denn nur wer Ungerechtigkeiten erkennt, kann sie auch beseitigen.

Künftig müssen Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten Auskunft geben, wenn Beschäftigte wissen möchten, nach welchen Kriterien sie bezahlt werden. So können Frauen erfahren, was sie im Vergleich zu



Seit Jahren kämpft die SPD-Bundestagsfraktion für eine gerechte Bezahlung von Frauen.

ihren männlichen Kollegen verdienen. Von diesem Auskunftsanspruch können bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Außerdem macht es das Gesetz Betriebsräten leichter, Auskünfte zur Lohnstruktur einzuholen.

Daneben sind Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten künftig aufgefordert, ihre Lohnstrukturen nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ regelmäßig zu überprüfen. Außerdem müssen Unternehmen dieser Größe, die nach dem Handelsgesetzbuch lageberichtspflichtig sind, regelmäßig über den Stand der Gleichstellung

und der Entgeltgleichheit berichten. Die Berichte müssen öffentlich zugänglich sein.

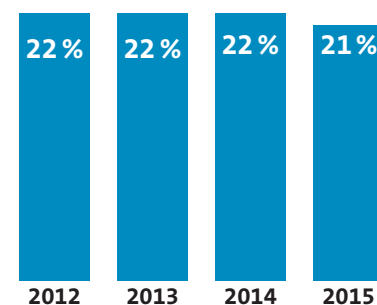
„Faire Bezahlung beginnt mit Transparenz“, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann im Bundestag. Das Gesetz werde dazu beitragen, dem Gebot gleicher Lohn für gleiche Arbeit endlich näher zu kommen. „Es ist eine von mehreren Maßnahmen, mit der wir in dieser Legislaturperiode der Diskriminierung von Frauen den Kampf angesagt haben“, sagte Reimann. Dazu gehörten der Mindestlohn ebenso wie die Frauenquote und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. ■

Deutliche Lohnlücke

Im Jahr 2015 verdienten Frauen durchschnittlich 16,20 Euro brutto pro Stunde. Das waren 21 Prozent weniger als Männer (20,59 Euro brutto pro Stunde).



Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern bleibt in Deutschland seit Jahren fast konstant.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT 2016

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

CDU/CSU-Fraktion blockiert Recht auf befristete Teilzeit

Es gibt im Leben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute Gründe, für einige Zeit weniger zu arbeiten: Dies kann die Erziehung von Kindern sowie die Pflege von Familienangehörigen sein. Oder man möchte zeitweilig „kürztretten“, ein Ehrenamt ausüben oder sich neben der aktuellen beruflichen Tätigkeit weiterbilden. Allerdings können nur wenige Menschen ihre Arbeitszeit einfach ihren Lebensphasen anpassen.

Insbesondere Frauen bleiben viel zu oft in der sogenannten Teilzeitfalle stecken: Nach der Geburt des Kindes steigen sie mit reduzierten Stunden wieder in den Job ein – und verbleiben dauerhaft in Teilzeit.

Laut Hans-Böckler-Stiftung stellen Frauen deutschlandweit nur ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, aber 80 Prozent aller sozialversicherungs-



Viele Beschäftigte – vor allem Frauen – stecken in der Teilzeitfalle fest.

pflichtig Teilzeitbeschäftigten. Für viele Frauen bedeutet das neben einem geringeren Einkommen und geringeren Rentenansprüchen auch schlechtere Karrierechancen. Aus diesen Gründen schrecken auch viele Männer davor zurück, ihre Arbeits-

zeit zeitweise – etwa für die Kinderbetreuung – zu reduzieren.

Die SPD-Fraktion will das ändern und fordert seit langem eine gesetzliche Regelung, um für Beschäftigte die Übergänge von Vollzeit- und Teilzeitphasen zu erleichtern. Bundesarbeits-

ministerin Andrea Nahles hat dazu Anfang des Jahres einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er sieht unter anderem vor, dass Beschäftigte einen Anspruch auf eine befristete Teilzeit erhalten, und garantiert damit gleichzeitig, dass sie später wieder auf ihre Vollzeitstelle zurückgehen können.

„Dies wäre ein ganz wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Familien-, Frauen- und Altersarmut“, sagt die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht. Allerdings wird das Gesetz – obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart – vom Koalitionspartner blockiert.

Für Christine Lambrecht ist damit klar: „Wer eine fortschrittliche und gerechte Gesellschaft möchte, ist bei der Unionsfraktion fehl am Platz.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Vorgestellt



Kerstin Griese

Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und das Engagement für soziale Gerechtigkeit bezeichnet Kerstin Griese als ihre Herzensanliegen – und ist als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag nah dran an diesen Themen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Kerstin Griese zudem als Kirchenbeauftragte zuständig für den Kontakt zu Kirchen und Religionsgemeinschaften. Schon seit ihrer Jugend engagiert sie sich in der evangelischen Kirche und ist Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Seit dem Jahr 2000 vertritt Kerstin Griese – mit Unterbrechungen – ihren Wahlkreis Mettmann II im Bundestag. ■



Dirk Wiese

Bundestagsabgeordneter mit 30, Parlamentarischer Staatssekretär mit 33 – Dirk Wiese ist trotz seines vergleichsweise jungen Alters politisch schon weit gekommen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Sauerländer bis vor kurzem in den Ausschüssen für Wirtschaft und Energie sowie Recht und Verbraucherschutz vertreten. Zudem war er stellvertretender Leiter der Fraktions-Projektgruppe #NeueErfolge – Vorsprung durch Innovation. Seit dem 27. März widmet sich der Jurist vor allem seiner Funktion in der Bundesregierung: Er ist Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. ■



Grund zur Freude: Die Sieger des Otto-Wels-Preises 2017 bei der Preisverleihung.

Junge Köpfe für ein besseres Miteinander

Mit dem Otto-Wels-Preis will die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen für die Demokratie begeistern.

Der Name Otto Wels steht für Mut und entschlossenen Einsatz für die Demokratie. Der Vorsitzende der SPD-Reichstagsfraktion hielt 1933 die letzte freie Rede im Reichstag, bevor die Nationalsozialisten das Land endgültig zur Diktatur machten.

Aber wie bringt man so jemanden der Jugend von heute nahe? Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür einen von den Abgeordneten privat gestifteten Preis ins Leben gerufen: den Otto-Wels-Preis für Demokratie, den sie Ende März zum fünften Mal verliehen hat. Der Preis soll junge Menschen ermuntern, sich im Sinne von Otto Wels mit Demokratie auseinanderzusetzen und sich zu engagieren.

„Mit seiner Rede hat Otto Wels uns allen eine bleibende Mahnung hinterlassen: Demokratie ist nie selbstverständlich“, sagte SPD-Fraktionschef zur Begrüßung. Demokratie müsse immer wieder neu erkämpft und verteidigt werden. „Ich freue mich, dass für den Otto-Wels-Preis in diesem Jahr viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ideen eingebracht haben, wie dieser Mut praktisch umgesetzt werden kann.“ Denn es sei schon lange nicht mehr so wichtig wie heute, junge Menschen zu

ermuntern, sich zu engagieren, sagte Oppermann mit Blick auf die Wahlerfolge von Populisten in Europa und Amerika.

Ohne Respekt keine Demokratie

Bei der anschließenden Talk-Runde mit Martin Schulz und der Autorin und Journalistin Sineb El Masrar ging es vor allem um Respekt. „Respekt steht am Anfang einer jeden offenen und toleranten Gesellschaft“, sagte Martin Schulz. Und es sei die Aufgabe aller, dafür zu sorgen, dass der vom Grundgesetz garantierte Respekt in der Realität gelebt würde. Sineb El Masrar spannte den Bogen zu Otto Wels und seiner Rede, die daran erinnere, dass Demokratie niemals sicher sei, sondern immer wieder verteidigt werden müsse. „Wir müssen junge Menschen mit dem nötigen Rüstzeug ausstatten, damit sie den Leuten mit vermeintlich einfachen Lösungen nicht auf den Leim gehen.“

Dass der Otto-Wels-Preis seinen Beitrag dazu leistet, belegen die vielen Einsendungen aus ganz Deutschland, aus denen die Jury vier Preisträger ausgewählt hat. Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 20 Jah-

ren waren aufgerufen, sich unter dem Motto „Miteinander statt Ausgrenzung“ zu beteiligen. Wie können wir den sozialen Zusammenhalt stärken? Wie reagieren wir auf Hetze und Fake-News in den sozialen Netzwerken? Warum ist Respekt für unser Zusammenleben so wichtig? Auf diese Fragen gaben die Jugendlichen Antworten in Form von Essays, Reden, Videos, Plakate, Illustrationen und Präsentationen.

Engagierte Jugend

Den ersten Preis bekam die 16-jährige Schülerin Ines Sadki aus Rheinland-Pfalz. Auf einem detailreichen Plakat zeigt sie Menschen, die aufgrund von Krieg, Zerstörung und Bedrohung aus ihrer Heimat fliehen mussten. Ihnen gegenüber stellt sie das friedliche Zusammenleben der Menschen in Deutschland.

Sie und die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer stehen für eine Jugend, die sich einbringt und engagiert – ganz im Sinne von Otto Wels. ■

Mehr zur Preisverleihung und den anderen Preisträgern unter:

www.spdfraktion.de

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Redaktionsschluss: 03. April 2017
Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer
Texte: Gero Fischer
Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800